

1 **SPD-Kreisparteitag Herford 3. Juli 2010, Stadtpark/Schützenhof Herford**
2

3 **Antrag-Nr.: 2**

4 **Antragsteller:** Kreisvorstand

5 **Weiterleitung:** SPD-Parteivorstand, Bundestagsfraktion, Sozialistische Fraktion
6 im Europaparlament
7
8

9 **Gesamtstrategie zur politischen Regulierung der Finanzmärkte**
10 **- Das Primat der Politik wiederherstellen -**
11

12 Der Kreisparteitag möge beschließen:

13
14 Der SPD-Kreisverband Herford fordert den SPD-Bundesvorstand, die SPD-
15 Bundestagsfraktion sowie die SPD-Abgeordneten im Europaparlament auf, eine Kommissi-
16 on zu bilden, die den Auftrag erhält, für die SPD ein Gesamtkonzept zur Gestaltung, Regulie-
17 rung und politischen Kontrolle der Finanzmärkte sowie eine mittelfristige Strategie zu dessen
18 Umsetzung zu entwickeln. Das Konzept muss eingebunden sein in Vorstellungen zur künfti-
19 gen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der deutschen Volkswirtschaft, zur Ausbildung einer
20 gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik sowie zu Regeln für einen fairen, sozial gerech-
21 ten und ökologisch nachhaltigen globalen Handel, der insbesondere den Ländern der 3. Welt
22 eine reelle Chance der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung eröffnet. Das Kon-
23 zept muss auch Vorschläge zum besseren Schutz privater Anleger enthalten.
24

25 In die Arbeit der Kommission sollen neben Finanz- und Wirtschaftsfachleuten auch Vertre-
26 ter/innen aus Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen wie Eine-Welt-Gruppen
27 und Umweltverbände sowie dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac eingebunden wer-
28 den.
29

30 Das Konzept soll vor Verabschiedung durch einen Bundesparteitag in Partei und Öffentlich-
31 keit breit diskutiert werden und Grundlage für sozialdemokratische Politik auf den verschie-
32 denen nationalen und internationalen Ebenen sein.
33

34
35 **Begründung:**

36
37 ***Die Herrschaft der Finanzmärkte über die produzierende Wirtschaft muss zurückge-***
38 ***fahren werden***
39

40 Das Bankenwesen und die Finanzmärkte hatten ursprünglich eine dienende Funktion ge-
41 genüber der Güter und Dienstleistungen produzierenden Wirtschaft („Realwirtschaft“). Sie
42 sollten einen reibungslosen Zahlungsverkehr gewährleisten, die Wirtschaft mit Krediten ver-
43 sorgen, Vermögen, Wertpapiere, Aktien und Pfandbriefe verwalten und den Handel gegen
44 Währungsschwankungen und andere Risiken und Unsicherheiten absichern (hierin lag die
45 ursprüngliche Bedeutung von sog. Derivaten).
46

47 Mit der beschleunigten Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte seit Mitte der
48 70er Jahre entstand ein hochintegrierter globaler Finanzmarkt. Die so entstandene neue
49 Finanzindustrie mit ihren großen Kapitalsammelstellen wie Investmentbanken, Pensions-
50 und Private-Equity-Fonds sowie den Hedge-Fonds mit ihren hochrisikobehafteten Ge-
51 schäftsmodellen erlangte zunehmend mittels der Kapitalmärkte die Kontrolle über große Tei-
52 le der Realwirtschaft. Aus diesem Grunde spricht man heute auch von einer
53 „Finanzialisierung“ der (produzierenden) Wirtschaft.
54

55 Dieser zwingen sie nun ihre Dynamik, Methoden und Logiken auf. Es reicht jetzt nicht mehr
56 rentabel zu arbeiten, sondern es muss in immer kürzeren Abschnitten der maximale Profit
57 erwirtschaftet werden. Auf der Strecke blieben dabei langfristig wirkende Investitionen in den
58 technologischen Fortschritt sowie menschenwürdige Arbeitsplätze (Zunahme von prekären
59 Beschäftigungsverhältnissen wie befristete Arbeitsverträge, geringfügige Beschäftigung und
60 Leiharbeit sowie steigender Termin- und Leistungsdruck bei den Belegschaften). Der Wett-
61 bewerb um die Qualität der Produkte wurde zum Wettbewerb um Preis- und Kostenvorteile.
62 Die erwirtschafteten finanziellen Überschüsse fließen wieder zurück in den globalen Finanz-
63 markt. Diese Shareholder-Value-Orientierung frisst sich nunmehr seit geraumer Zeit wie ein
64 Krebsgeschwür in die gesamte Wirtschaft hinein.

65
66 ***Überhöhte Gewinne und die Privatisierung der Altersvorsorge beflügeln den Bedarf***
67 ***nach spekulativen Finanzprodukten***

68
69 Ursache für den Aufstieg der Finanzmärkte war (und ist) ein Überschuss an Kapital, der auf-
70 grund seiner Masse nicht mehr in die Realwirtschaft investiert werden konnte. Ein wesentli-
71 cher Grund dafür liegt in der Verschiebung der Einkommensverhältnisse national wie welt-
72 weit. Dort wo sich das Verhältnis von Löhnen und Gewinnen erheblich zu Gunsten der Ge-
73 winne verschiebt, fehlt es an einer Binnennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die
74 wiederum die Grundlage für eine Investitionsbereitschaft in die Produktion darstellt. Eine
75 Ursache liegt auch in den riesigen Geldmengen, die von den Pensionsfonds, insbesondere
76 im angelsächsischen Raum verwaltet werden. Das überschüssige Kapital suchte nun seit
77 Mitte der 70er Jahre mit Nachdruck nach Anlagemöglichkeiten auf dem Weltmarkt. Dies war
78 das Signal an die Finanzmärkte zur Entwicklung neuer Finanzprodukte, die nicht nur neue
79 Anlagemöglichkeiten, sondern darüber hinaus auch höhere Renditen versprochen. Mittler-
80 weile stehen nur noch rund 10% der um den Globus immer schneller zirkulierenden riesigen
81 Finanzmassen in irgendeiner Beziehung zur Güterproduktion.

82
83 ***Der zwischenstaatliche Wettlauf um die niedrigsten Unternehmensbesteuerung führt***
84 ***zu öffentlicher Armut und Übergabe wesentlicher Teile der öffentlichen***
85 ***Daseinvorsorge an die Privatwirtschaft; dies unterhöhlt die kommunale Selbstverwal-***
86 ***tung und demokratische Kontrolle wichtiger kommunaler Infrastruktureinrichtungen***

87
88 Der Wettlauf der Staaten um die niedrigste Unternehmensbesteuerung hat die Unterneh-
89 mensgewinne nicht nur kräftig sprudeln lassen, sondern viele Nationalstaaten auch öffentlich
90 arm gemacht, so dass hier keine nennenswerten beschäftigungsfördernden Investitionen in
91 den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistung mehr erfolgen konnten. Dafür
92 versucht das nach Anlagemöglichkeiten suchende ungebundene Finanzkapital seit einigen
93 Jahren in die verschiedenen Gebiete der öffentlichen Daseinvorsorge einzusteigen, womit
94 sich insbesondere die traditionell in Deutschland kommunalwirtschaftlich betriebenen Berei-
95 che der Daseinvorsorge schrittweise nach der Privatisierung der politischen Kontrolle vor
96 Ort entziehen.

97
98 ***Die Finanzmärkte haben nicht nur einen großen Teil der globalen Ökonomie vor die***
99 ***Wand gefahren, sie bedrohen jetzt auch einzelne Staaten und internationale Gemein-***
100 ***schaften in ihrer politischen und wirtschaftlichen Souveränität***

101
102 Die durch die US-Immobilienkrise ausgelöste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise gerät
103 langsam schon wieder in Vergessenheit. Die Krise des Euro, bedingt durch die drohende
104 Zahlungsunfähigkeit Griechenlands wie möglicherweise auch anderer EU-Staaten, steht zur
105 Zeit im Bewusstsein der Öffentlichkeit. Dabei wird deutlich, in welchem Ausmaß das Zu-
106 sammenspiel privater Rating-Agenturen, Banken und Hedge-Fonds ganze Staaten wie inter-
107 nationale Gemeinschaften spekulativ unter Druck setzen kann. Ausgerechnet die Finanz-
108 märkte, die mit gigantischen öffentlichen Hilfsaktionen gestützt werden mussten, betrachten
109 jetzt deren Folgen für die Staatshaushalte als das eigentliche Problem. Das ist so, als würde
110 der Patient dem Notarzt vorwerfen, ihn gerettet zu haben.

111

112 Aus Sicht der Finanzmärkte hat dies natürlich seine Logik. Man verdient nicht an jemandem,
113 der seine Schulden schnell abbezahlen kann, sondern daran, dass jemand möglichst lange
114 im Zustand der Verschuldung bleibt. Ideal sind in dieser Hinsicht gerade Staaten, da es für
115 diese anders als bei privatwirtschaftlichen Unternehmungen kein Insolvenzrecht gibt. Dies
116 hat schon bei der Verschuldung der Entwicklungsländer gut geklappt, denen die amerikani-
117 schen, japanischen und europäischen Banken in den 70er Jahren große Kreditesummen
118 geradezu aufdrängten. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die amerikanische Bank
119 Goldman Sachs Griechenland bereitwillig dabei half, massive Schulden anzuhäufen und
120 gleichzeitig die Schuldenstatistik mit Hilfe komplexer, aber legaler Finanzinstrumente zu
121 schönen.

122

123 ***Auch die hohen deutschen Außenhandelsüberschüsse haben zur Euro-Krise beige-***
124 ***tragen***

125

126 Auch die hohen Außenhandelsüberschüsse Deutschlands erscheinen nunmehr in einem
127 anderen Licht: der im Inland durch ein vergleichsweise niedriges Lohnniveau erkaufte inter-
128 nationale Wettbewerbsvorteil deutscher Produkte führt bei vielen europäischen Handelspart-
129 nern zu Absatzproblemen und wachsenden ökonomischen Ungleichgewichten im EU-Raum.
130 Was der Handelsüberschuss des einen sind die privaten und öffentlichen Schulden der an-
131 deren. Insbesondere die Euro-Krisenländer wie Griechenland, Portugal und Spanien ver-
132 zeichnen ein großes Minus im Handel mit Deutschland. Dabei bräuchten sie dringend Über-
133 schüsse, um der Schuldenfalle zu entinnen. Dass die starke Exportlastigkeit Deutschlands
134 eine nicht unwesentliche Ursache der momentanen Krise ist, stößt aber hierzulande in der
135 den Ton angehenden, neoliberal orientierten Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftsjournalistik
136 und Wirtschaftspolitik ebenso auf taube Ohren wie der Appell, die Binnenkonjunktur anzu-
137 kurbeln, um die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abzubauen.

138

139 Das Ausland finanziert zur Zeit auf Grund des schwachen Euro den Aufschwung der deut-
140 schen (Export-)Wirtschaft. Andererseits gehen die drastischen Maßnahmen zum Schulden-
141 abbau, wie sie in vielen EU-Ländern nunmehr auf der Tagesordnung stehen, auf Kosten des
142 Wirtschaftswachstums und damit auch der Ausfuhren aus der Bundesrepublik Deutschland,
143 die ihre Außenhandelssschwerpunkte in der Europäischen Union hat.

144

145 ***Helfen kann nur eine umfassende internationale Reform der Finanzmärkte, die für Eu-***
146 ***ropa eingebettet sein muss in eine gemeinsame Finanz-, Steuer-, Wirtschafts- und So-***
147 ***zialpolitik; dieses makroökonomische Gesamtkonzept muss dem Gedanken der***
148 ***Nachhaltigkeit im Hinblick auf die Schonung der Umwelt und der nicht erneuerbaren***
149 ***Ressourcen Rechnung tragen***

150

151 Die oben gemachten Ausführungen zeigen sehr deutlich, dass Europa nicht nur eine ge-
152 meinsame Finanzpolitik, sondern auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik braucht.

153

154 Sie machen weiterhin deutlich, dass eine Regulierung und Reform der Finanzmärkte nicht
155 durch die Einführung einzelner Instrumente wie die Finanztransaktionssteuer zu bewerkstel-
156 ligen ist, so wichtig auch ihr Beitrag zur Dämpfung von Spekulation und Finanzierung der
157 durch das jüngste Krisenmanagement bedingten hohen Staatsverschuldung sein mag („Ret-
158 tungsschirme“ für Banken und einzelne Staaten der Euro-Zone sowie Konjunkturprogram-
159 me).

160

161 Nur die schrittweise Reduzierung der großen, an Nachfrage und Produktion nicht gebunde-
162 nen, international auf den Finanzmärkten kursierenden Geldmengen und ihre Umlenkung in
163 den Aufbau von öffentlicher Infrastruktur, die Förderung von Forschung, Bildung, Ressour-
164 ceneffizienz, alternativer Energieträger und Umweltschutz sowie zur Beseitigung von Armut
165 und Unterentwicklung kann auf Dauer die erwünschte Lösung bringen. Der innereuropäische
166 Wettbewerb um die niedrigsten Gewerbesteuern muss beendet werden. Er ist eine der

167 Hauptursachen für die europaweite Staatsverschuldung. Steuerschlupflöcher müssen ge-
168 schlossen werden. Kapitaleinkommen und -vermögen müssen progressiv besteuert werden,
169 da die steigende Konzentration von Kapitalvermögen ein wesentlicher Faktor für das An-
170 schwellen der Finanzmärkte ist.

171
172 Kurzfristig müssen Regelungen durchgesetzt werden, die die Ursachen für die verschiede-
173 nen Spekulationsformen an Finanzmärkten beseitigen und mittelfristig muss es zu einer um-
174 fassenden Regulierung des Finanzsektors kommen. Dabei ist zu prüfen, ob man sich nicht
175 wieder auf eine politisch koordinierte globale Wechselkurspolitik zubewegen sollte, da der
176 Euro seit seiner Einführung massiven Schwankungen unterliegt, die nicht realwirtschaftlich
177 begründet sind, sondern Ergebnis staatlicher Kurspflege und spekulativer Übertreibungen
178 sind.

179
180 All dies muss eingebunden sein in eine gemeinsame europäische Finanz-, Wirtschafts-,
181 Steuer- und Sozialpolitik, in ein makroökonomisches Gesamtkonzept. Ziel dieser gemeinsa-
182 men europäischen Politik kann angesichts der endlichen Ressourcen, begrenzten Belastbar-
183 keit der Ökosysteme und berechtigten Entwicklungsansprüche der Länder Afrikas, Asiens
184 und Lateinamerikas keine reine Strategie ökonomischen Wachstums sein, sondern muss in
185 vielfacher Weise den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung verpflichtet bleiben.

186
187 ***Die SPD braucht einen politischen Handlungsrahmen zur Regulierung der Finanz-***
188 ***märkte, an denen sich Mitglieder wie Wähler orientieren und Mandatsträger wie sozi-***
189 ***aldemokratische Regierungen ausrichten können***

190
191 Die SPD braucht als Handlungsrahmen für ihre künftige Politik in Deutschland wie in den
192 europäischen und internationalen politischen Institutionen, vor allem aber auch zur Orientie-
193 rung ihrer Parteimitglieder und Wähler/innen ein Konzept zur politischen Regulierung und
194 Steuerung der Finanzmärkte, das diesen Ansprüchen genügt und neben ganz konkreten
195 kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen längerfristige Perspektiven und Ziele aufweist und
196 die Wechselwirkungen mit anderen Politikfeldern aufzeigt. Viele dieser Regelungen, Instru-
197 mente und Politiken sind nur mit den europäischen Partnern oder in Rahmen internationaler
198 Vereinbarungen umzusetzen. Deutschland hat hierbei schon allein aufgrund seiner internati-
199 onalen wirtschaftlichen Verflechtungen und seiner ökonomischen Stärke eine besondere
200 Verantwortung zu tragen.

201
202 ***Themen, die in Rahmen der Erarbeitung einer finanzmarktpolitischen Gesamtstrategie***
203 ***zu behandeln wären***

204
205 Im Folgenden werden ohne Berufung auf Vollständigkeit und Rangfolge Institutionen, Rege-
206 lungen, Instrumente und Aspekte aufgeführt, die im Zusammenhang mit Fragen der Regulie-
207 rung der Finanzmärkte von besonderer Bedeutung sind. Sie sollen noch einmal die Komple-
208 xität des Themas verdeutlichen und den Umfang des Regelungsbedarf konkretisieren. We-
209 gen der Vielschichtigkeit der zu thematisierenden Probleme und Lösungsansätze sowie der
210 Forderung noch einem integrierten Gesamtkonzept bleibt es bei einer reinen thematischen
211 Aufzählung ohne eigenes Votum.

212
213 Im Rahmen der Überlegungen zur Regulierung sowie politischen Kontrolle und Steuerung
214 der Finanzmärkte ist zu behandeln:

- 215
216
- die internationale Besteuerung des Kapitaltransfers („Finanztransaktionssteuer“);
 - die Zulässigkeit bestimmter Finanzmarktprodukte, insbesondere außerbörslich gehandelter Derivate (OTC („over-the-counter“) – Papiere), die Verbriefung von Krediten (Zertifizierung), handelbare Papiere zur Absicherung von Finanzgeschäften wie CDO's (*Collateral Debt Obligations*) und CDS's (*Credit Default Swaps*) sowie alle riskanten und hochkomplexen Papiere (strukturierte Finanzprodukte, d.h. nach Bonität tranchierte Kreditverbriefungen);
- 217
218
219
220
221
222

- 223 • die Einführung eines „Finanzmarkt-TÜV's“ im Hinblick auf die Prüfung und Ge-
- 224 • nehmigung der Zulässigkeit von Finanzprodukten;
- 225 • der Einsatz von Kredithebeln („leverage“: Einsatz von Krediten für hochspekulati-
- 226 • ve Geschäfte oder den Erwerb von Unternehmen, die man dadurch überschuldet)
- 227 • Leerverkäufe;
- 228 • die Verwendung EDV-gestützter automatisierter Spekulationssysteme;
- 229 • die Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln;
- 230 • die zulässige Größe von Banken im Hinblick auf ihre Relevanz für das weltweite
- 231 • Finanzsystem („too big to fail“ = engl., in etwa: „zu groß, als dass man sie pleite
- 232 • gehen lassen kann“);
- 233 • Zweckgesellschaften, die nicht der Bankenaufsicht unterliegen;
- 234 • Hedge-Fonds;
- 235 • Private-Equity-Fonds;
- 236 • privatwirtschaftliche Rating-Agenturen und die quasi öffentlich-rechtliche Bindung
- 237 • von Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Geschäftsbanken und Pensionsfonds an
- 238 • ihre Bewertungen und Risikoeinschätzungen bei Kreditvergaben;
- 239 • das Verbot zur Vergabe von Niedrigzins-Krediten an Nationalstaaten durch die
- 240 • Europäische Zentralbank (EZB) (Banken erhalten diese Niedrigzins-Kredite, mit
- 241 • ihnen verleihen sie den Nationalstaaten Geld zu dann höheren Zinsbedingungen);
- 242 • die Stärkung der Finanzaufsicht (Personal und Kompetenzen);
- 243 • die Höhe der Eigenkapitaleinlagen der Banken sowie ihr prozyklisches Verhalten
- 244 • entsprechend dem zweiten Baseler Abkommen („Basel II“: höhere Eigenkapital-
- 245 • einlagen und damit weniger Kreditvergaben in Krisenzeiten);
- 246 • die Anreizsysteme für Fondsmanager und Investmentbanker (Boni, Aktien-
- 247 • Optionen, Gewinnbeteiligungen, Sonderprämien):
- 248 • Steueroasen und Off-Shore-Finanzzentren;
- 249 • Die Haftung von Geldinstituten bei Falschberatung ihrer Kunden, kundenfreundli-
- 250 • che Dokumentation des Beratungsvorgangs, Mindestqualifikation für Finanzbera-
- 251 • ter, Einrichtungen von öffentlichen oder Förderung unabhängiger Verbraucherbe-
- 252 • ratungsstellen für private Finanzkunden.
- 253 • Stärkung der regionalen Kreditwirtschaft

254

255

256 **Beschlussfassung:**

257

258 Angenommen (X) abgelehnt () überwiesen an ()